

Andreas Seidel, Ulli Gröger und Birgitta Zylla

Nachhaltige Prävention als Herausforderung – Ein Tagungsbericht

1. Das Besondere der Veranstaltung

Kriminalprävention ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und stellt einen zugleich vor Herausforderungen. Sie findet auf verschiedenen Ebenen statt, wobei die Kommunen einen besonderen Stellenwert erhalten. Die Vernetzung und Kooperation stellt eine Voraussetzung für eine übergreifende Präventionsarbeit dar. Der *Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg* (LPR) leistet diesbezüglich einen entscheidenden Beitrag: Er vereint Experten der brandenburgischen Präventionslandschaft, die sich für die Stärkung gesellschaftlicher und demokratischer Strukturen einsetzen und ermöglicht so eine Zusammenarbeit öffentlicher und privater Einrichtungen. Auf diese Weise wird nicht nur eine kriminalpräventive Arbeit geleistet, vielmehr erfolgt auch eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Ziel des LPR ist es, Kriminalitätsentwicklung und mögliche Handlungsfelder zu erfassen, zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen in den Bereichen a) Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz/Kinder- und Jugendschutz, b) politischer Extremismus und c) Opferschutz/Opferhilfe (vgl. LPR 2014). Auch wenn in der Vergangenheit bereits Erfolge in diesen Bereichen zu verzeichnen sind, besteht nachwievor Handlungsbedarf, z. B. im Hinblick auf Innovationen und der Weiterentwicklung bisheriger Strukturen und Maßnahmen der Kriminalprävention.

Der LPR übernimmt zudem die Förderung kriminalpräventiver Programme und Maßnahmen von Vereinen, Verbänden und Institutionen sowie kommunalen oder freien Trägern. Um

Kriminalität erfolgreich vorzubeugen, zeichnet der LPR jährlich beispielhafte Präventionsansätze und erfolgversprechende Strategien mit dem Landespräventionspreis aus. Auf diese Weise wird zum einen die Kriminalprävention in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt und zum anderen werden weitere Akteure zu einem Engagement ermutigt. Problematisch ist jedoch, dass solche beispielhaften Präventionsansätze und erfolgversprechenden Strategien bisher selten im Hinblick auf ihre Innovation und Wirksamkeit überprüft werden. Demnach gewinnt die Frage nach der Nachhaltigkeit der Kriminalprävention zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund haben der LPR Brandenburg und die Universität Potsdam am 29. November 2013 einen Fachtag initiiert. Lässt sich Kriminalität wirksam verhindern? Wie funktioniert nachhaltige Prävention – und welche Rolle spielen dabei die Kommunen? Darüber haben Experten aus Wissenschaft und Praxis im brandenburgischen Innenministerium beraten. Im Speziellen haben sich Akteure aus Ministerien, Senatsverwaltungen, Landesbehörden, Kommunen, Vereinen und Schulen mit den Projektverantwortlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammengefunden. Die Teilnehmer erhielten einen Einblick in aktuelle Ergebnisse der Präventionsforschung und -praxis, mit dem Ziel die Anregungen aus der Veranstaltung in die eigene Arbeit zu integrieren.

Der Brandenburger Innenminister *Ralf Holzschuher*, Vorsitzender des LPR, eröffnete den Fachtag mit einem Grußwort und zeigte u. a. Aktivitäten im Bereich der Kriminalprävention auf, die mit dem Präventionspreis des Landes Brandenburg ausgezeichnet wurden. An seine Rede schlossen sich Expertenvorträge zur Präventionsforschung an. Der Psychologe *Prof. Dr. Andreas Beelmann* von der Friedrich-Schiller-Universität Jena nahm Bezug auf die Frage, wann Kriminalprävention tatsächlich nachhaltig ist und deklarierte anhand von Ergebnissen der Wirksamkeitsforschung

Bedingungen für eine wirksame und nachhaltige Präventionsarbeit. Vor dem Hintergrund einer Synopse zu geförderten Projekten des LPR Brandenburg setzten sich *Prof. Dr. Wilfried Schubarth* und *Saskia Niproschke* von der Universität Potsdam in ihrem Beitrag zunächst mit der Herausforderung einer nachhaltigen Kriminalprävention auseinander. Anschließend wurden beispielhafte Präventionskonzepte im Land Brandenburg hervorgehoben und insbesondere das Anti-Gewaltprojekt „Wir für uns“ der Eberswalder Grundschule „Schwärzensee“ und dessen Evaluationsergebnisse vorgestellt. *Frederick Groeger-Roth* vom LPR Niedersachsen stellte Niedersachsens „Grüne Liste Prävention“ vor, eine Online-Datenbank erfolversprechender Präventionsprogramme, die aufgrund positiver Evaluationsergebnisse empfohlen und als Beispiel nachhaltiger Prävention angesehen werden können. In den Pausen bestand die Möglichkeit, sich an der Projektbörse über erfolgreiche Programme und Maßnahmen der Kriminalprävention zu informieren.

Die Teilnehmer konnten sich im Vorfeld der Fachtagung für einen von vier Workshops anmelden, die im Anschluss an die Fachvorträge stattfanden. Unter dem Leitthema der nachhaltigen Gestaltung von Kriminalprävention diskutierten die Experten dort folgende Fragestellungen: a) Wie sieht wirksame (schulische) Gewaltprävention in Kommunen aus?, b) Wie lässt sich die Wirksamkeit der kriminalpräventiven Arbeit überprüfen?, c) Wer sind die Akteure in der kommunalen Kriminalprävention? und d) Wie sieht nachhaltige Prävention von Rechtsextremismus aus?

2. Nachhaltige Kriminalprävention – Erkenntnisse aus den Vorträgen und Workshops

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte und Diskussionspunkte der Vorträge und Workshops wiedergegeben und die daraus ableitbaren Erkenntnisse und Empfehlungen nachhaltiger Kriminalprävention akzentuiert.

Wann ist Kriminalprävention nachhaltig?

In dem ersten Expertenvortrag am Vormittag nimmt *Andreas Beelmann* (Friedrich-Schiller-Universität Jena) Bezug auf die Frage, wann Kriminalprävention tatsächlich nachhaltig ist. Anhand verschiedener Meta-Analysen zu Präventionsmaßnahmen bei Kindern und Jugendlichen (vgl. u. a. Beelmann/Pfost/Schmitt 2014; Beelmann/Raabe 2009; Beelmann 2006) stellt er ausgewählte Ergebnisse der Wirksamkeitsforschung vor. Präventionsmaßnahmen verzeichnen darin nie einen negativen Effekt, jedoch variiert der Grad der Effektivität je nach Maßnahme. Nach Beelmann lassen sich zahlreiche Parameter feststellen, die die Wirkung von Präventionsprogrammen beeinflussen. Er unterscheidet dabei zwischen Programmparametern, also Faktoren, die bei der Entwicklung und Auswahl des Programms zu berücksichtigen sind, und Implementationsparametern, d. h. Faktoren, die sich auf die Durch- und Umsetzung des Präventionssettings beziehen (vgl. Beelmann/Schmitt 2012). Als ein beeinflussender Faktor der *Programmparameter* kann die Präventionsstrategie betrachtet werden. Beelmann spricht sich gegen die gängige Differenzierung nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention aus. Darin werden, so Beelmann, auch therapeutische und rehabilitative Maßnahmen einbezogen, weswegen sie zu einem Sammelbegriff für eine Vielzahl von unterschiedlichen Interventionen geworden sei.

Er plädiert daher für eine Differenzierung zwischen universeller und gezielter Prävention: Universelle Präventionsmaßnahmen beziehen sich auf eine unselektierte Personengruppe, wohingegen gezielte Präventionsmaßnahmen Personen mit einem erhöhten Risiko bzw. beginnenden Verhaltensproblemen berücksichtigen. Beide Präventionsstrategien weisen eine Vielzahl von Vor- und Nachteilen auf, weswegen die Auswahl einer bestimmten Strategie von umfangreichen Überlegungen abhängig ist. Auch der Zeitpunkt des Beginns der Prävention gehört zu den Einflussfaktoren der Programmparameter. Beelmann favorisiert eine entwicklungsorientierte Präventionsarbeit, die psychosoziale und pädagogische Maßnahmen, z. B. strukturierte Freizeitpädagogik und attraktive Jugendangebote, beinhaltet (vgl. Beelmann/Raabe 2007). Die Präventionsarbeit soll daher nicht nach dem Motto „je früher desto besser“, sondern rechtzeitig und entwicklungsorientiert erfolgen. Neben den Programmparametern haben auch die *Implementationsparameter* einen Einfluss auf die Wirksamkeit von Präventionsprogrammen. Insbesondere die Konzepttreue, also das Ausmaß, in dem das Programm originalgetreu durchgeführt wird, die Qualität der Durchführung, z. B. im Hinblick auf das Engagement der Anwender, sowie die Mitarbeit der Teilnehmer können als bedeutsame Faktoren für den Erfolg von Präventionsprogrammen deklariert werden (vgl. Beelmann/Schmitt 2012).

Anhand der Programm- und Implementationsparameter leitet Beelmann anschließend die Kernelemente für eine erfolgreiche Präventionsarbeit ab: Ein fundiertes präventives Gesamtkonzept, eine gute Qualifizierung der Akteure, günstige Rahmenbedingungen und politische bzw. administrative Unterstützung seien elementar (vgl. Beelmann 2013). Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis ist diesbezüglich fundamental. Zudem kann eine Nachhaltigkeit, so Beelmann, durch den Aufbau von Präventionsnetzwerken und die Erarbeitung einer lokalen

Präventionsstrategie, unter Einbezug aller Beteiligten, erfolgen (vgl. ebd.). Er empfiehlt in diesem Kontext die Steuerung durch eine zentrale Koordinierungsstelle, deren Aufgabenfeld bspw. die Erstellung eines Gesamtkonzepts der Präventionsarbeit für das jeweilige Bundesland umfasst sowie die Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren und die Koordination der jeweiligen Maßnahmen übernimmt (vgl. Beelmann 2013).

Nachhaltige Kriminalprävention: Beispiele aus Brandenburg

Vor dem Hintergrund einer Synopse zu geförderten Projekten des LPR Brandenburg setzen sich auch *Wilfried Schubarth* und *Saskia Niproschke* (Universität Potsdam) in ihrem Beitrag zunächst mit der Herausforderung einer nachhaltigen Kriminalprävention auseinander. Neben der Schwierigkeit, sich auf geeignete Indikatoren und Standards für Nachhaltigkeit zu einigen, unterstreichen sie besonders die Notwendigkeit und zugleich auch Problematik, längerfristige Wirkungen von Präventionsmaßnahmen zu überprüfen. In der Fachdiskussion zeige sich, so die Referenten, dass es in Deutschland (und auch im Land Brandenburg) weder einen genauen Überblick noch eine systematische und fundierte Evaluation kriminalpräventiver Maßnahmen gibt und dass über deren Wirksamkeit oftmals keine empirisch fundierten Aussagen getroffen werden können. Eine reflexiv-wissenschaftsbasierte Begleitung und Evaluation von Praxis sei aber eine wesentliche Bedingung für die Qualität und den Erfolg von Prävention. Dabei stelle eine solche Wirkungsevaluation ein schwieriges Feld dar, u. a. weil sich Wirkungen oft erst nach Jahren beurteilen und sich Kontrollgruppen mitunter nur schwer rechtfertigen lassen. Hier müsse zwischen (Evaluations-)Aufwand und Nutzen gut ausbalanciert werden. Entscheidend sei aber die Qualität der Programme selbst, in und mit denen Maßnahmen möglichst früh einsetzend über

längere Zeiträume angelegt, aufeinander abgestimmt, theoretisch fundiert und klar auf die Zielgruppe(n) ausgerichtet konzipiert werden sollten. Niedersachsen habe bspw. mit der „Grüne(n) Liste Prävention“ entsprechende Gelingensbedingungen für Prävention als Bewertungskriterien – einschließlich einer dreigliedrigen Abstufung bzgl. ihrer Wirksamkeit – angewandt.

Mit punktuellen Initiativen, so Schubarth, versucht auch das Land Brandenburg eine solche Bündelung von Präventionsprojekten. Im Bereich „Gewalt an Schulen“ sei eine landesweite Strategie für schulische Gewaltprävention initiiert worden. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ koordiniere Aktivitäten zu Rechtsextremismus und befördere die Zusammenarbeit von Initiativen und Vereinen im Land. Als Beispiel einer gelungenen Vernetzung der Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene hebt Schubarth das Konzept „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule“ (Ostprignitz-Ruppin) hervor. Trotz solcher Projektbündelungen aber zeige sich die Schwierigkeit, angesichts der gewachsenen Vielfalt geförderter Vorhaben den „Überblick“ nicht zu verlieren. Deshalb sollte eine Art Bestandsaufnahme über 65 der vom LPR zwischen 2006 bis 2011 geförderten Projekte (vgl. Schubarth/Kopp/Kamm 2012) ein genaueres Bild über dessen Förderpraxis (u. a. Qualität der Projektkonzeptionen, Bedarfsorientierung, Wirkungen) schaffen. Im Ergebnis zeigt sich u. a. neben deutlichen Unterschieden in der Qualität der Projektkonzeptionen, dass Vorhaben regional unterschiedlich an Bedarfen ausgerichtet seien und dass bei etwa der Hälfte keine Angaben zur Evaluation gemacht würden.

Im zweiten Teil des Vortrages stellt Saskia Niproschke deshalb das Gewaltpräventionsprojekt „*Wir für uns – Eine Schule mit Identität ist eine Schule mit Zukunft*“ vor. Anhand dieses Beispiels zeigt sie, dass und wie im Rahmen einer Evaluationsstudie (vgl. auch Niproschke/Schubarth in diesem Band; Schubarth/Kopp/Seidel

u. a. 2013) die konzeptionelle Umsetzung gewaltpräventiver und -interventiver Maßnahmen an einer gewaltbelasteten Grundschule auf ihre Wirkung hin untersucht und qualifiziert werden können. Anschließend an die unmittelbaren Erkenntnisse aus dieser Projektevaluation und an die Bilanz der Synopse zu Brandenburger Präventionsprojekten, formulieren die Referenten Empfehlungen für die Kriminalprävention. Danach sollten Präventionsmaßnahmen frühzeitig beginnen, längerfristig und entwicklungsorientiert in den *Alltag* von Kita und Schule integriert werden sowie Eltern und Kommunen gezielt mit einbinden. Daneben sei es wichtig, „(wissenschaftliches) Feedback“ zu den Maßnahmen einzuholen, diese landesweit zu koordinieren und durch starke und ausfinanzierte Netzwerke zu konsolidieren.

Nachhaltige Kriminalprävention: Niedersachsens „Grüne Liste Prävention“

Gegenwärtig ist das Angebot an Präventionsprogrammen vielfältig. Bei der Fülle an Angeboten fällt es schwer, einen Überblick über wirkungsvolle Programme zu gewinnen. Entsprechend groß ist der Bedarf an einer Übersicht über empfehlenswerte Präventionsansätze. Vor allem die Qualität der Implementierung von Präventionsprogrammen, so die Ausführungen von *Frederick Groeger-Roth* vom LPR Niedersachsen, spiele im Zusammenhang mit der Wirksamkeit eines Programms eine herausragende Rolle. Zwar gebe es derzeit eine Reihe bereits erfolgreich evaluierter Programme, diese würden jedoch vergleichsweise selten auch wirklich umgesetzt. Entsprechend wichtig sei es, den Forderungen nach Empfehlungslisten nachzukommen. Die vom LPR Niedersachsen erarbeitete „Grüne Liste Prävention“ versteht sich als eine solche Liste. Die Intention dahinter besteht darin, Präventionsprogramme bzgl. der Qualität ihrer Evaluation zu strukturieren und sie der breiten Öffentlichkeit

zugänglich zu machen, um auf diese Weise erfolversprechende Programme zu popularisieren (vgl. auch Groeger-Roth in diesem Band). Groeger-Roth betont in diesem Zusammenhang, dass die Bewertung und Empfehlung von Präventionsprogrammen in jedem Fall durch eine unabhängige Stelle erfolgen müsse. Diese Forderung scheint nachvollziehbar, um eventuell auftretende Verzerrungen durch wirtschaftliche Interessen auszuschließen.

Insgesamt, so erläutert Groeger-Roth, gebe es drei verschiedene Kategorien, denen die Präventionsprogramme in der „Grünen Liste Prävention“ zugeordnet werden. Diese Kategorien unterteilen die Programme entsprechend der Güte ihrer bisherigen Evaluation. Unterschieden wird dabei zwischen Programmen, deren Effekte gut begründet, jedoch nicht hinreichend evaluiert wurden (Kategorie 1), solchen Programmen, denen eine hohe Effektivität zugesprochen werden kann, da die dazugehörigen Evaluationsstudien positive Ergebnisse nachweisen konnten (Kategorie 2) und schließlich Programmen, deren Effektivität anhand umfangreicher und wissenschaftlich anerkannter Evaluationen bestätigt werden konnte (Kategorie 3) (vgl. Grüne Liste Prävention 2014). Eine vorliegende Programmevaluation ist daher Pflicht, um in die „Grüne Liste Prävention“ aufgenommen zu werden. Auf die Fragen, welche die zentralen Erfolgskriterien eines Präventionsprogramms sind und wie eine wissenschaftliche Evaluation folglich auszusehen hat, scheint es nach wie vor keine eindeutigen Antworten zu geben. Der LPR Niedersachsen hat aus diesem Grund eigene Kriterien formuliert, denen die Programme entsprechen müssen bzw. nach denen eine Bewertung erfolgt. Eine transparente Bewertung, das verdeutlicht Groeger-Roth nachdrücklich, sei von enormer Bedeutung, weshalb die angelegten Bewertungskriterien für jedermann nachvollziehbar im Internet einsehbar seien. Darüber hinaus wird durch diese Kriterien auch eine Definition des Begriffs „Programm“ vorgenommen, welcher in der Präventionspraxis oft

als Bezeichnung für Maßnahmen ganz unterschiedlicher Form verwendet wird. Da ein gutes Programm nicht nur einer theoretischen Fundierung, sondern ebenso einer optimalen praktischen Umsetzung bedürfe, sei eine Unterstützung bei dessen Implementierung sehr nützlich. Ein Implementierungskonzept, Hinweise zur Adaptionfähigkeit sowie Supervision und Monitoring wären in diesem Kontext unterstützende Maßnahmen zur erfolgreichen Umsetzung von Präventionsprogrammen.

Im Anschluss an die Fachvorträge konnten die Teilnehmer in parallel laufenden Workshops miteinander diskutieren. Unter dem Leitthema einer nachhaltigen Kriminalprävention befassten sich vier Arbeitsgruppen mit verschiedenen Fragestellungen. Die Workshops waren vergleichbar strukturiert: Über kurze Teilnehmerstatements wurde zunächst ein erstes Meinungsbild eingeholt und ein knapper Problemaufriss zum Thema hergestellt. Daran schlossen sich jeweils zwei bis drei Impulsreferate an, denen eine vertiefende Diskussion folgte.

Workshop: Wie sieht wirksame (schulische) Gewaltprävention in Kommunen aus?

Der Workshop ging der Frage nach, was wirksame (schulische) Gewaltprävention ausmacht und wie gute Präventionskonzepte eine breitere Wirksamkeit auf kommunaler Ebene erreichen können. Den Input dazu gaben zwei Impulsreferate. Während sich *Alfred Roos* (RAA Brandenburg) thesenhaft mit Chancen und Grenzen nachhaltiger Gewaltprävention an Schulen auseinandersetzte, umriss *Michael Breitschwerdt* (Polizeipräsidium Brandenburg) am Beispiel des Konzepts „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule“, wie Aufgaben zur Gewaltprävention auf regionaler Ebene sinnvoll miteinander gelöst werden können. In beiden Beiträgen und der sich anschließenden Diskussion wurde deutlich: In

der Frage der Gewaltprävention sind alle Schulen im Land gefordert. Gewaltprävention muss dazu im Selbstverständnis der Lehrkräfte als fester Bestandteil von Lehrarbeit verstanden und in Schulprogrammen entsprechend als dauerhafte Aufgabe verankert werden. Erfolgreiches präventives Handeln gegen Gewalt benötigt die Unterstützung von vielen Seiten. Zentral sind hierbei die Fragen, wer die konkreten außerschulischen Partner sind, wie entsprechende Unterstützungsstrukturen besser sichtbar gemacht und die Akteure in die schulischen Maßnahmen wirkungsvoll einbezogen werden können. Offenbar sei für viele Schulen nicht transparent genug, wer geeignete Stakeholder in ihrem Umfeld sind und mit welchem Problem sie sich an wen zur eigenen Unterstützung wenden können. Auch herrsche mitunter eine große Rechtsunsicherheit bei Lehrern zu Fragen des Umgangs mit Gewalt. Erfolgreiche kommunale Gewaltprävention, so der Tenor des Workshops, braucht:

- Programme und Strategien, die auf die Anwender zugeschnitten und die fester Bestandteil einer kontinuierlichen Organisationsentwicklung von Kita *und* Schule sind;
- eine Verstetigung (zeitlich und personell) bei der Umsetzung geeigneter Konzepte, die mittels zeitlich übergreifender und aufeinander aufbauender Präventionsmaßnahmen (*Präventionsketten*) auch die Übergänge (Kita – Grundschule – weiterführende Schule) berücksichtigen;
- die Vernetzung und ‚Sichtbarkeit‘ kommunaler Akteure;
- ein entwickeltes Management zur Unterstützung der Nutzer bei der Implementierung aufeinander aufbauender Programmstrategien und zur Steuerung und Begleitung der Präventionsarbeit an den Einrichtungen.

Im Land Brandenburg, so die ermutigende Feststellung zum Abschluss des Workshops, gäbe es eine Vielzahl erfolgreicher Modelle für Gewaltprävention, die z.T. bereits zu einem Standortfaktor geworden seien.

Workshop: Wie lässt sich die Wirksamkeit kriminalpräventiver Arbeit überprüfen?

Über die Wirksamkeit kriminalpräventiver Arbeit lassen sich bisher kaum empirisch fundierte Aussagen treffen, da weder ein genauer Überblick noch eine systematische und fundierte Evaluation kriminalpräventiver Maßnahmen vorzufinden sind. Eine reflexiv-wissenschaftsbasierte Begleitung und Evaluation von Praxis ist aber eine wesentliche Bedingung für die Qualität und den Erfolg von Prävention. Vor diesem Hintergrund stellte die Frage, wie sich die Wirksamkeit kriminalpräventiver Arbeit nachhaltig überprüfen lässt, den Schwerpunkt des Workshops dar. Grundlage bildeten die Impulse von *Andrea Kopp* (Reinfelder Schülerladen-Verbund e.V.) und *Klaus Hinze* (Aktion Kinder- und Jugendschutz – AKJS). Deren Beiträge verdeutlichen, dass eine nachhaltige Überprüfung der Wirksamkeit kriminalpräventiver Arbeit durch die Evaluationspraxis und die zu evaluierende Praxis erfolgen sollte: Die zu evaluierende Praxis beinhaltet die Programme bzw. Maßnahmen, die evaluiert werden sollen, hingegen stellt die Evaluationspraxis die Evaluation dessen dar. Anhand dieser Unterscheidung akzentuieren die Moderatoren, dass für eine nachhaltige Wirksamkeit der Evaluation – sowohl für die Evaluationspraxis als auch für die zu evaluierende Praxis – Kriterien zur Qualitätssicherung, z. B. Zielgruppenbeschreibung, theoretische Fundierung und Zielsetzung, eine entscheidende Rolle spielen. Denn nur das Zusammenspiel beider ermöglicht Nachhaltigkeit. Problematisch ist hierbei jedoch, dass in Deutschland anstelle einheitlicher Qualitätskriterien zur Wirksamkeitsüberprüfung eine Vielfalt von

Qualitätsanforderungen dominiert. Im zweiten Teil des Workshops konnten die Teilnehmer ausgewählte Kriterien zur Qualitätssicherung im Hinblick auf die eigene Arbeit reflektieren.

Workshop: Wer sind die Akteure der kommunalen Kriminalprävention?

Der kommunalen Ebene wird hinsichtlich der Prävention von Kriminalität zweifelsfrei ein bedeutender Stellenwert zuteil. Vor diesem Hintergrund stellte die Frage, welche Akteure dabei vorrangig in der Verantwortung stehen, den Schwerpunkt des Workshops dar. *Bernd Mones* (Landesjugendring Brandenburg) und *Michael Rump-Räuber* (LISUM Berlin-Brandenburg) verwiesen einleitend auf den bis heute relativ unbekanntem Erlass „Kommunale Kriminalitätsverhütung (KKV)“ des Innenministers aus dem Jahr 1992, der u. a. die Bildung von lokalen Sicherheitspartnerschaften vorsieht und auf diese Weise auf eine stärkere Beteiligung engagierter Bürger abzielt (vgl. Erlass des Ministers des Innern 1992). Vertreter der Polizei beklagen die Sparmaßnahmen und damit einhergehende rückläufige Präsenz in der Öffentlichkeit. Zudem berichten sie von einer Prioritätenverschiebung in Richtung der Verfolgung von Straftaten statt deren Prävention. Daher sehen sie die durch den KKV-Erlass entstandenen Sicherheitspartnerschaften, bei der sich Anwohner auf freiwilliger Basis zusammenschließen und sich für die Sicherheit in ihrem Ort einsetzen, als sinnvolles und gewinnbringendes Modell an. Demgegenüber äußern Teilnehmer des Workshops Bedenken hinsichtlich des Rückzugs der Polizei. Sie sehen uniformierte Streifen als einen wichtigen Pfeiler für ein gestärktes Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Der Rückzug der Polizei führe zu einer höheren Belastung in den Kommunen, welche die ihnen zusätzlich zuteilwerdenden Aufgaben kaum noch bewältigen können und einen Teil dieser Aufgaben an private Unternehmen delegieren

würden. Damit seien zunehmend private Sicherheitsdienste im Bereich kommunaler Kriminalitätsprävention tätig, was jedoch überwiegend kritisch betrachtet wird. Insgesamt scheint der Polizei bzgl. der kommunalen Kriminalitätsprävention eine wichtige Rolle zuteil zu werden, auch wenn deren genaue Zuständigkeit umstritten scheint. Daneben macht bürgerschaftliches Engagement einen zentralen Bestandteil kommunaler Kriminalprävention aus. Dies setzt jedoch ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein und eine zentrale Steuerung, im Idealfall durch die Kommunen, voraus.

Workshop: Wie sieht nachhaltige Prävention von Rechtsextremismus aus?

Das Phänomen Rechtsextremismus ist heterogen und vielschichtig. Ihm liegen verschiedene Ursachen und Inhalte zugrunde. Der Prävention kommt dabei ein besonderer Stellenwert zuteil. Vor diesem Hintergrund stellte die Frage, wie eine nachhaltige Prävention von Rechtsextremismus aussehen kann, den Schwerpunkt des Workshops dar. Zu Beginn wurden die thematischen Interessen der Teilnehmer zusammengefasst. Darauf aufbauend gaben *Michael Kohlstruck* (Technische Universität Berlin), *Wilfried Schubarth* und *Manfred Rolfes* (Universität Potsdam) Impulsreferate. In den Beiträgen und der sich anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass für eine nachhaltige Prävention von Rechtsextremismus effektive Präventionsmaßnahmen bereits im Kindes- und Jugendalter stattfinden müssen. Wichtig sei hierbei, dass die Präventionsarbeit entwicklungsorientiert erfolgt. Diesbezüglich gestaltet sich die primäre, sekundäre und tertiäre Prävention als sinnvolles Mittel: Eine primäre Prävention erfolgt durch die allgemeine Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Sozialisationsinstanzen, die sekundäre Prävention resultiert aus der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in der Jugendarbeit, hingegen

stützt sich die tertiäre Prävention insbesondere auf die Rückfallvermeidung. Die Moderatoren betonen jedoch, dass es nicht „das“ Verfahren der Prävention von Rechtsextremismus gibt, vielmehr ist die ganzheitliche Zusammenarbeit mit allen Akteuren von fundamentaler Bedeutung. Insbesondere die Kommunen und Kooperationspartner, aber auch die Schulen und Elternhäuser müssen einbezogen werden um eine nachhaltige Prävention von Rechtsextremismus zu ermöglichen. Brandenburg hat diesbezüglich in den letzten Jahren einen guten Schritt nach vorne gemacht, z. B. falle die Rekrutierung „neuer“ Kameraden in der rechtsextremen Szene schwerer. Nichtsdestotrotz kommt der Netzwerkarbeit auch zukünftig eine entscheidende Rolle für eine nachhaltige Präventionsarbeit zu.

3. Fazit und Ausblick

Nachhaltige Kriminalprävention stellt die Gesellschaft vor Herausforderungen. Lässt sich Kriminalität wirksam verhindern? Wie funktioniert nachhaltige Prävention – und welche Rolle spielen dabei die Kommunen? Diesen Fragen wurde im Rahmen eines Fachtages ein besonderes Augenmerk geschenkt. Welche Folgerungen und Empfehlungen lassen sich aus den Beiträgen und Diskussionen der Veranstaltung nun i. S. einer nachhaltigen Kriminalprävention ableiten?

1. Präventionsarbeit frühzeitig beginnen und entwicklungsorientiert gestalten

Die Präventionsarbeit sollte frühzeitig und entwicklungsorientiert erfolgen. Folglich muss Prävention bereits in einem frühen Stadium des Entwicklungsverlaufs des Kindes ansetzen und auf lange Sicht angelegt sein. Bestenfalls beginnt die Präventionsarbeit bereits in der Kita und wird anschließend in der Schule weitergeführt und dort als dauerhafte Aufgabe in Schulprogrammen verankert.

2. Adressatenbezug differenzieren

Die Maßnahmen sollten nach *universeller* und *gezielter* Prävention differenziert werden: Universelle Präventionsmaßnahmen beziehen sich auf eine unselektierte Personengruppe, wohingegen gezielte Präventionsmaßnahmen Personen mit einem erhöhten Risiko bzw. beginnenden Verhaltensproblemen berücksichtigen. Beide Strategien haben ihr Für und Wider, weswegen genau geprüft werden muss, für wen die Maßnahme sein soll. Folglich sollte die Auswahl der Präventionsstrategie entsprechend der Adressaten der jeweiligen Maßnahme erfolgen.

3. Durchführungsqualität und Konzepttreue sichern

Konzepttreue und Qualität der Durchführung können als bedeutende Faktoren für den Erfolg von Präventionsprogrammen deklariert werden. Die Konzepttreue bezieht sich auf das Ausmaß, in dem das Programm originalgetreu durchgeführt wird. Hingegen beinhaltet die Durchführungsqualität bspw. das Engagement der Anwender oder die Mitarbeit der Teilnehmer. Diese Implementationsparameter sollten – neben den Programmparametern – insbesondere bei der Entwicklung und Auswahl, aber auch bei der Durchführung und Umsetzung der Maßnahmen beachtet werden.

4. Evaluation(en) systematisch und nach einheitlichen Kriterien durchführen

Bislang erfolgt in Deutschland, und auch im Land Brandenburg, (noch) keine systematische und fundierte Evaluation kriminalpräventiver Maßnahmen. So können über die Wirksamkeit der Präventionsmaßnahmen oftmals keine empirisch fundierten

Aussagen getroffen werden. Für die Qualität und den Erfolg von Prävention ist aber eine reflexiv-wissenschaftsbasierte Begleitung und Evaluation von Praxis substanziell. Vergleichbare Qualitätskriterien, wie z. B. Zielgruppenbeschreibung, theoretische Fundierung und Zielsetzung, spielen für die Wirksamkeitsüberprüfung eine entscheidende Rolle. Problematisch ist jedoch, dass in Deutschland eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Qualitätsanforderungen dominieren. Demzufolge sollten einheitliche Qualitätskriterien zur Wirksamkeitsüberprüfung abgestimmt werden.

5. Wirksame Präventionsprogramme systematisch erfassen

Angesichts der aktuellen Konjunktur von Präventionsprogrammen besteht die Gefahr einer fehlenden Überschaubarkeit der Angebote. Erfolg versprechende Präventionsansätze könnten unbeachtet bleiben und somit nicht ihr volles Potenzial ausschöpfen. Um dies zu vermeiden, gilt es evaluierte, wirksame Präventionsprogramme systematisch zu erfassen und sie i. S. einer Empfehlungsliste zusammenzutragen. Niedersachsens „Grüne Liste Prävention“ kann in diesem Zusammenhang als ein vorbildliches Modell angesehen werden.

6. Netzwerkarbeit konsolidieren

Nachhaltige Kriminalprävention braucht über den lokalen Kontext hinaus die verlässliche Unterstützung und die Zusammenarbeit vieler Partner. Für die notwendige Vernetzung kommunaler und lokaler Akteure sollte der Austausch zwischen den Beteiligten durch eine zentrale Koordinierungsstelle gesteuert und deren Aktivitäten über ein landesweites Gesamtkonzept der Präventionsarbeit gestärkt und aufeinander abgestimmt werden.

Literatur

- Beelmann, A. (2013): Wann ist Kriminalprävention nachhaltig? Vortrag auf dem Fachtag „Kriminalprävention nachhaltig gestalten“ des Landespräventionsrates Brandenburg am 29.11.2013 in Potsdam. Unveröffentlichte Präsentation.
- Beelmann, A. (2006): Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen bei Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse und Implikationen der integrativen Forschung. Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie, Nr. 35, 152–162.
- Beelmann, A./Pfof, M./Schmitt, C. (2014): Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen. Eine Meta-Analyse der deutschsprachigen Wirksamkeitsforschung. Zeitschrift für Gesundheitspsychologie, 1–14.
- Beelmann, A./Raabe, T. (2009): The effects of preventing anti-social behavior and crime in childhood and adolescence. Results and implications of meta-analysis and research reviews. European Journal of Developmental Science, Nr. 3, 260–281.
- Beelmann, A./Raabe, T. (2007): Dissoziales Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Erscheinungsformen, Entwicklung, Prävention und Intervention. Reihe Klinische Kinderpsychologie, Band 10. Göttingen.
- Beelmann, A./Schmitt, C. (2012): Einflussfaktoren auf die Effektivität. In: Fingerle, M. (Hrsg.): Prävention von Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen. München, 120–141.
- Erllass des Ministers des Innern (1992): Sicherheit in den Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg durch den Ausbau der konzertierten Aktion „Kommunale Kriminalitätsverhütung (KKV)“. URL: http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.10690.de [Zugriff: 01.02.14].
- Grüne Liste Prävention (2014): Grüne Liste Prävention – CTC – Datenbank empfohlener Präventionsprogramme. URL: www.gruene-liste-praevention.de [Zugriff: 25.02.2014].
- LPR = Landespräventionsrat Brandenburg (2014): Förderung von Präventionsprojekten. URL: <http://www.sicherheitsoffensive.brandenburg.de/cms/detail.php/bb2.c.417495.de> [Zugriff: 11.03.2014].

- Schubarth, W./Kopp, A./Seidel, A./Niproschke, S. (2013): Akzeptanz und Wirkungen eines schulischen Anti-Gewaltprojekts. Evaluationsergebnisse zum Schulprojekt „Wir für uns“ an der Grundschule Schwärzese in Eberswalde. Potsdam.
- Schubarth, W./Kopp, A./Kamm, C. (2012): Jugendkriminalität und Kinder-/Jugendschutz im Land Brandenburg. Eine Synopse zu geförderten Projekten des Landespräventionsrates. Potsdam.